

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Postgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Resultat der Delegiertenwahl zum IV. Verbandstag. — Die Leipziger Mahregelungen. — Mustereinrichtungen im Berliner Kanalisationsbetriebe. — Zur Grenzstreitigkeitsfrage. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Bekanntmachung.

Unser 4. Verbandstag

findet vom **27. Mai bis 1. Juni 1906**
in der „Neuen Anlage“ in **Mainz** statt.

Eröffnung: Sonntag, den 27. Mai 1906, nachm. 3 Uhr.

Tagesordnung:

1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Geschäftsbericht des Verbands Vorstandes.
3. Bericht des Verbandsausschusses.
4. Statuten-Vorberatung. Ref.: **G. Ahmann.**
5. Unsere Taktik. Ref.: **H. Bürger.**
6. Grenzstreitigkeiten und Organisationsform. Ref.: **A. Mohs.**
7. Generalkommission und Gewerkschaftskonkret.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahlen.

Der Verbands-Vorstand.

II. Gasarbeiter-Konferenz

am **2. und 3. Juni 1906** in der „Neuen Anlage“
in **Mainz**.

Beginn am Sonnabend, den 2. Juni 1906, vorm. 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wie gedenken wir den Forderungen der Gasarbeiter, bezüglich der Verbesserung ihrer Lebenslage, Geltung zu verschaffen?
2. Unsere Organisation.
3. Verschiedenes.

Zur Beachtung: Im Interesse der gründlichen Beratung der Verhandlungsmaterie ist die Tagung der Gasarbeiter-Konferenz auf Sonnabend und Sonntag, den 2. und 3. Juni d. J. verschoben worden. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Stoff in knapp einem Tage nicht gut zu bewältigen ist. Die Delegierten wollen sich dementsprechend einrichten. **D. B.**

I. Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Bade-Personals

am **Sonnabend, den 26. Mai 1906, vorm. 10 Uhr**
in der „Neuen Anlage“ in **Mainz**.

Zu dieser gestatten wir uns folgende Tagesordnung vorzuschlagen:

1. Die Lage der in Kranken-, Arren-, sonstigen Heil- und Bade-Anstalten Beschäftigten.
2. Was haben wir zu tun, um zur Verbesserung unserer Lebenslage beizutragen?
3. Die Organisation des Pflege- und Bade-Personals.
4. Verschiedenes. **D. B.**

Resultat der Delegiertenwahl zum IV. Verbandstag.

Gewählt sind:

Wahlkreis:

1. (Groß-Berlin 17 Delegierte) Brink, Schabel, Jabel, Heinze, Pentzschke, Fischen, Schmidt, W. Mohs, Busch, Reselowsky, Fiebig, Polenske, Kemus, Schulz, Waspsuhl, Dittmer, Busky.
2. (Berlin, Große Revier-Inspektion, 2 Delegierte) Mehrwald, Busacker.
3. (Hamburg Altona 8 Delegierte) Schönberg, Lüth, Sorgenfrei, Weikel, Wilkens, Seeler, Otto Niedel. Stichwahl zwischen Stühr und Kiehl.
4. (Dresden 4 Delegierte) Altemann, Preiskler, Pischen, Günther.
5. (Stuttgart 3 Delegierte) Müller, Rudolf, Lindemann.
6. (Mannheim Heidelberg 3 Delegierte) Kühni Heidelberg, Stichwahl zwischen Herpich, Vogel, Rothfelder, Müller Mannheim.
7. (Breslau 2 Delegierte) Mehrlein, Reichelt.
8. (Leipzig 2 Delegierte) Berthold, Keller.
9. (München-Galing 2 Delegierte) Bösl, Nickelmann.
10. (Bremen 1 Delegierter) Nachwahl angeordnet, da Wahl ungültig.
11. (Frankfurt a. M. 1 Delegierter) Scheuermann.
12. (Königsberg i. Pr. 1 Delegierter) Crispian.
13. (Magdeburg 1 Delegierter) Senft.
14. (Mainz 1 Delegierter) Klein.
15. (Kürnberg 1 Delegierter) Hassel.
16. (Stettin 1 Delegierter) Kollack.
17. (Wiesbaden 1 Delegierter) Ph. Schäfer.
18. (Bamberg, Erlangen, Schweinfurt, Würzburg 1 Delegierter) Stichwahl zwischen Höhn Würzburg und Fehler Bamberg.

Wahlkreis:

19. (Fürth-Ludwigshafen 1 Delegierter) Echerzer Fürth.
20. (Colmar, Freiburg, Wülhausen 1 Delegierter) Stichwahl zwischen Arnold Freiburg und Penfel-Wülhausen.
21. (Wöppingen, Heilbronn, Karlsruhe 1 Delegierter) Ziegler Heilbronn.
22. (Essenburg, Forzheim, Straßburg 1 Delegierter) S. Rittmann-Straßburg.
23. (Warmen, Düsselndorf, Elberfeld, Solingen 1 Delegierter) H. Schäfer Köln.
24. (Bielefeld, Kassel, Köln a. Rh. 1 Delegierter) Willerscheidt Köln.
25. (Vam Wilhelmshaven, Kiel 1 Delegierter) Stichwahl zwischen Schmidt-Kiel und Wachtenorf-Vam.
26. (Chemnitz, Gera, Görlitz, Reichenbach, Zwickau 1 Delegierter) Marode-Chemnitz.
27. (Brandenburg, Erfurt, Gotha, Halle a. S. 1 Delegierter) Ulrich Halle.
28. (Halberstadt, Cuedlinburg, Hanau, Hannover, Landshut, Neustadt a. H., Offenbach a. W., Dortmund 1 Delegierter) Wegener Hanau.
29. (Einzelsahler der Hauptkasse 1 Delegierter) Strunk Berlin.

Für den Verbandsvorstand.
Albin Mohs.

Die Leipziger Maßregelungen.

Dreißig Mann dauernd ausgeheert und gemahregelt! Das ist die beschämende finale der sozialpolitischen Aktion des Rates der Stadt Leipzig in der unieren Leiern bekannnten Streikfrage der Tünger Export-Gesellschaft. Wir hatten die Hoffnung auf einen würdigeren Ausgang, trotz der Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Tröndlin und der Haltung der bürgerlichen Majorität in der Sitzung der Stadtverordneten vom 25. April d. J. nicht aufgegeben. Der Leipziger Rat ist indessen bei seiner Meinung geblieben und glaubt unerhütterlich mit der Maßregelung der 23 städtischen Arbeiter, die gegen ihre Verwendung zu Streikbrecherdiensten für eine profitablere Privatgesellschaft in einer allerdings sehr bestimmten und ausdrucksvollen Form protestierten, eine ordnungsgerechte Tat ersten Ranges verübt zu haben. Das alles genügt dafür, daß die Konfuku von Klein-Paris in Arbeiterfragen klein denken. Man vergleiche noch einmal was Herr Dr. Tröndlin sagte: „Das ganze Unglück haben die Arbeiter der Organisation zu verdanken.“ Oder: „Wenn die Leute nicht gefordert hätten, sondern wären zu uns gekommen und hätten gesagt, sie hätten das aus Angst vor ihrem sozialdemokratischen Terrorismus getan, dann hätten wir vielleicht anders handeln können.“ — Ist so etwas denn noch im zwanzigsten Jahrhundert, in unserem Zeitalter der Arbeiterorganisationen möglich? Jawohl! Nicht bloß dreißig Mann auf der Strecke, nein obendrein auch noch die schändlichste Zornung der Heuchelei und Selbstentmannung! Unsere Mitglieder sollten sich also vor Herrn Dr. Tröndlin hinstellen und einen Notau machen und sammeln: „Großmächtiger Herr, schütze uns vor den organisierten Terroristen. Wir sind nur gezwungenermaßen Mitglieder dieser verruchten Organisation und würden unserem Austritt aus dem Verbands auf gnädiges Geheiß, Eurer Magnifizenz, als eine Erlösung betrachten. Wir sind elende Hunde und erbärmliche Weichtiere. Wir haben weder Rückgrat noch Arbeiterethik noch sonstige anstößige Dinge wie Solidarität und dergleichen. Wir haben nur das Ziel, im Beitrieden der Erste zu sein. Wir würden auf Ihren Befehl sogar jeden Aktionär der Tünger-Export-Gesellschaft aberuntertänigst in den“ Herr Dr. Tröndlin ist Oberbürgermeister einer der ersten deutschen Handels- und Industriestädte mit außerordentlich starker Arbeiterbevölkerung, wovon jetzt fast 30000 gewerkschaftlich organisiert sind und er sollte wissen, daß die deutschen Arbeiter in den Gewerkschaften ihre Berufene und redemäßige Interessenvertretung erblicken. Als Oberbürgermeister ist man immerhin noch nicht verpflichtet diese Dinge zu ignorieren und die organisierte Arbeiterkraft als eine quantitativ neuzugeworbene zu behandeln oder gar die gewerkschaftliche Organisation als ein Uebel zu betrachten, wofür man die Mitglieder gelegentlich strafen muß. Nichts anderes bedeuten die Worte: Das ganze Unglück haben sie

(die Gemahregelten) der Organisation zu danken. Das ist nun eine Sache, die sich erst ändern wird mit dem zunehmenden Selbstbewußtsein der Arbeiter, mit dem weiteren Erstarken der Organisationen und des wachsenden Willens der Arbeiter zu positiver Macht und größerem Einfluß.

Auch mit dem Verständnis für die sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinde ist es bei den Leipziger Ratsherren nicht allzuweit her, ansonsten müßten sie grundsätzlich nur solchen Unternehmern öffentliche Arbeiten übertragen, welche die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen oder sich mindestens bemühen, ihnen gerecht zu werden. Anstatt dessen aber werden Privatunternehmer noch unterstützt, wenn sie sich weigern, einen anständigen Lohn zu zahlen, und auf diese Weise es auf frivolen Vertragsbruch der Stadt gegenüber ankommen lassen; nachdem aber ihre Hände in Unschuld waschen und alle Schuld auf die streikenden Arbeiter schieben. Der Leipziger Rat denkt aber anders und zur besseren Würdigung der Situation veröffentlichen wir die Antwort auf eine abermalige Eingabe der Entlassenen:

(Stadtswappen.)
Rat der Stadt Leipzig. Leipzig, am 1. Mai 1900.
Verf.-Regist.-Nr. 1178.
Bei der Antwort um Angabe vorstehender Registranden-Nummer gebeten.

An
Herrn Arbeiter Friedrich John
Leipzig-Thonberg.

Am Anschließ an den Bescheid, welchen wir Ihnen auf die von Ihnen gemeinsam mit 21 anderen ehemaligen Arbeitern der städtischen Schalenreinigung an uns gerichtete Eingabe unterm 25. vorigen Monats gegeben haben, erörtern wir Ihnen folgendes:

Sie würden Sie nicht zu der Arbeit bei der Tünger Export-Gesellschaft kommandiert haben, wenn es sich dort lediglich um einen Streik der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse gehandelt hätte. Wir müßten Sie lediglich deswegen dorthin kommandieren, weil infolge des Streiks sich Notstände auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens zu entwickeln drohten und an einzelnen Stellen entwickelt hatten. Die Entlastung darüber, ob ein Notstand für das öffentliche Interesse vorliegt, ist nur auf Grund eingehender Erörterungen von uns nach pflichtmäßigem Ermessen zu treffen und kann nicht Gegenstand einer Unterhandlung mit unserer Arbeiterkraft sein, ganz abgesehen davon, daß eine eingehende Verhandlung der betreffenden Arbeiter praktisch undurchführbar sein würde, da in jedem einzelnen Falle eine Reihe von Umständen zur Erwägung kommen, bei deren mündlicher Darlegung Mißverständnisse nicht ausgeschlossen wären und zu deren schriftlicher Erläuterung in der Regel Zeit nicht vorhanden sein würde.

Die städtischen Arbeiter müssen das Vertrauen zum Rate haben, daß er ihnen nichts zuzumuten wird, was sie in ihrer Ehre verletzen könnte, wenn die Arbeiter dieses Vertrauen gehabt hätten oder sich in demselben nicht hätten irren lassen. So wäre in der Zeit vom Sonnabendabend bis zum Montag früh Zeit genug gewesen, sich weitere Auskunft von ihren Vorgesetzten zu erbitten, Zeit genug, wenn es ihnen möglich war, vom Sonnabendabend 6 Uhr binnen einer Stunde andere, außerhalb des städtischen Dienstes stehende Personen über ihre Wünsche zu unterrichten und diese um Vermittelung anzugehen; auch die Vermittelung durch ihren Arbeiterauschuß wäre möglich gewesen, da die drei zu diesem gehörenden Mitglieder in kurzer Zeit hätten zusammengerufen werden können.

Wenn Sie in Ihrer Eingabe darauf hinweisen, daß Sie glauben, verbotene Privatarbeiten bei der Tünger-Exportgesellschaft zu machen, so können wir nur annehmen, daß diese Meinung Ihnen von einer Ihrer Dienste fernstehenden Seite nachträglich zugetragen worden ist; Sie selber konnten nicht im Zweifel sein, wie die Bestimmungen in § 10 Ziffer 7 des Arbeitsvertrages zu verstehen sind, ganz abgesehen davon, daß Sie dann, wenn Sie den Befehlen Ihrer Vorgesetzten nachkommen, von derartigen Zweifeln überhaupt befreit sind, da die Vorgesetzten dann die Verantwortung und gegenüber tragen müssen.

Gerade diese letztere Stelle in dem Schreiben bestärkt uns in der Ansicht, daß Sie sich von dem Einflusse anderer, Ihrem Vertriebe völlig fernstehender Personen noch nicht haben freimachen können, und daß Sie deshalb noch nicht diejenige Eigenschaft wiedererlangt haben, welche der Rat von seinen Arbeitern verlangen muß, nämlich die, daß er sich auf sie verlassen kann.

Wir lehnen deshalb Ihre WiederEinstellung in Ihre früheren Stellen ab.

Der Rat der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Franze.

Auch dieses Schreiben bestärkt uns in der Ansicht, daß der Rat sich nicht von sozialen Gesichtspunkten leiten läßt. Die Schuldige in dem Konflikt ist neben dem Rat die Tünger-Export-Gesellschaft, so wie diese aus irgend welchen Gründen ihren Verpflichtungen der Stadt gegenüber nicht nachkommen, so hatte aller-

dinge der Rat einzugreifen, aber in anderer Weise als durch die Strafregelung derjenigen städtischen Arbeiter, welche sich weigerten, private Streikbrecherarbeit zu verrichten. Er hatte zunächst der Gesellschaft bei Androhung der sofortigen Aufhebung des Vertrages aufzulegen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, damit kein Notstand auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens eintrete. Wenn die Gesellschaft innerhalb einer bestimmten, nach Stunden zu zählenden Frist dem nicht nachgekommen wäre, konnte der Rat, da die Gesellschaft den Vertrag verletzt hatte, nach Verhandlung mit den Streitenden die fraglichen Arbeiten ausführen lassen und die Gesellschaft für etwaigen Schaden haftbar machen. Wenn so oder so ähnlich gehandelt worden wäre, blieben die städtischen Arbeiter ungeschoren. Nun zum Arbeiterauschuss! Das ist auch wieder so ein lehrreicher Beitrag zur Naturgeschichte der Arbeiterauschüsse. Die Arbeiter hatten zu dem gegenwärtigen Ausschuss kein Vertrauen mehr. Der Obmann des Ausschusses ist in mehreren Versammlungen zur Niederlegung seines Postens aufgefordert worden, da er sich weigert hatte, eine dreimal beschlossene Sache vorzulegen. Nun allerdings, während dieses Monats, legte er sein Amt erst nieder. Selbstverständlich wandten sich die Arbeiter an den Verband und unter Vertreter leitete sofort Verhandlungen ein.

Wenn nun verlangt wird, daß die städtischen Arbeiter mehr Vertrauen zum Rate haben sollen, so sollte der Rat sich erst einmal bemühen, dieses Vertrauen zu erwerben. Das geschieht am schnellsten und sichersten durch Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und Heranziehung der Verbandsvertreter zu Verhandlungen. Das ist der einzig mögliche Weg, um Vertrauen zu erwecken und zu festigen.

In einer öffentlichen von annähernd 3000 Personen besuchten Volksoberkunftung, in welcher Kollege Nobs den Verbandsvorstand vortrat, wurde das Verhalten des Leipziger Rates scharf kritisiert. Ein Medner, der seiner Erregung durch die Worte „Wui Teufel“ Ausdruck gab, wurde, als er abtreten wollte, von dem überwachenden Polizeikommissar im Gemisch gefaßt und zur Feststellung seiner Personalien festgehalten; indessen erbot es tausendfach in der Versammlung förmlich: „Wui Teufel!“

Folgende Resolutionen wurden angenommen:

1. Die zahlreich versammelten Arbeiter Leipzigs sehen in der Entlassung der städtischen Arbeiter seitens des Rates der Stadt eine Verletzung der vitalsten Interessen der Arbeiter. Auf Grund dessen sieht sich die Versammlung berechtigt, daß sie die Handlungsweise des Rates entschieden verurteilt und jedes Vertrauen auf die maßgebenden Mächtigkeiten schwinden läßt. Die Versammlung spricht den Entlassenen für ihr solidarisches Verhalten die warmste Sympathie aus und erklärt sich bereit, sie in jeder Hinsicht zu unterstützen. Ferner beauftragt die Versammlung, den Akt der Entlassung gebührend zu registrieren, um bei gegebener Gelegenheit die richtige Antwort darauf geben zu können.

2. Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Maßnahmen des Rates der Stadt Leipzig seinen Arbeitern gegenüber. Sie erklart in der Zumutung, die in einer öffentlichen Versammlung gefaßte Resolution zurückzuziehen, einen Hohn auf das Begriffsvermögen der städtischen Arbeiter und der Arbeiterschaft im allgemeinen, und erwartet von den Arbeitern, daß sie ihren blanken Schild rein halten, nicht zu Kreuze kriechen und ihr Recht fordern.

Potsdam — Halberstadt — Leipzig! Diese Tatsachen reden eine eindringliche Sprache. Öffentlich wird unser Mainzer Verbandstag und mit ihm alle Mitglieder diese Kettenkel gebührend beachten und den Verband auf eine kräftige Grundlage stellen, so daß er in der Lage ist, künftighin solchen Angriffen auf unsere Grundrechte wirkungsvoller zu begegnen, als es heute geschehen kann.

Mitteinrichtungen im Berliner Kanalisationsbetriebe.

Lagerplatz Haldestraße.

Ja, ja, unsere städtischen Arbeiter leiden keine Not. Ein wohlwollender Magistrat und ein noch wohlwollenderes Stadtverordneten Kollegium sorgen dafür, daß jeder zu seinem Rechte kommt. In den Verhandlungen tragen die Herren Exzerenten mit großem Eifer die Anträge der Arbeiterauschüsse vor und sind ganz bereitwillig, wenn eine Arbeiterangelegenheit nicht gleich zur Erledigung kommt. Berlin ist für so einen städtischen Arbeiter das reine Scharafra. Die Arbeiter kommen aus dem Wohlleben schon gar nicht mehr heraus, sie werden verwöhnt und verweichlicht und sind deshalb so anspruchsvoll, daß man ihnen gar nichts mehr recht machen kann.

Obendrein erntet man noch krassen Un dank zu aller sozialen Fürsorge. Daran sieht man wieder einmal, daß alle sozialen Strömungen unserer Zeit nur verderblich wirken. Das aber ähnliches wird wohl beim Lesen dieser Heberschrift mancher unierer wohlbestallten Herren denken, deren Amt es ist, im Kanalbetriebe nach dem Rechte zu sehen. Aber es ist nicht alles Gold was glänzt, und besonders nicht in unseren Kanalisationsbetrieben. Die Kollegen vom Lagerplatz Haldestraße haben sich schon die größte Mühe gegeben, die Aufmerksamkeit der Verwaltung auf ihre Lage zu lenken, bisher aber vergeblich. Öffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Beschwerden, denn solche liegen in der Tat vor, endlich einmal von maßgebender Seite gehört, geprüft und berücksichtigt werden.

Es besteht vor allen Dingen noch der sehr mißliche Unterschied im Sommerlohn und Winterlohn. Der Lohn selbst ist sehr minimal. Bei Annahme der Arbeit heißt es: Der Lohn beträgt pro Stunde 38 Pf., die Arbeitszeit täglich 10 Stunden. Weibes, Lohn und Arbeitszeit, entspricht nicht mehr den Zeitverhältnissen. Der Lohn ist zu gering und allenthalben wird die neunstündige Arbeitszeit angebahnt. Von Mitte Oktober aber tritt bei zunehmender Dunkelheit eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit auch eine Kürzung des Lohnes ein. Mitte November ist dann der Achtstundentag erreicht. Das wäre an sich erfreulich und zu wünschen, daß es dabei bliebe, aber der Lohn langt bei den im Winter sehr gesteigerten Bedürfnissen nicht im geringsten. Der Arbeiter verdient dann 34 Pf. 8 Stunden — 3 Pf. 04 Pf. pro Tag, oder pro Woche (6 Arbeitstage) 18 Pf. 24 Pf. Nach Abzug des Kranken- und Invalidengeldes bringt der Arbeiter noch nicht einmal 18 Pf. zu seiner Familie heim, die davon doch leben soll. Die Familien schrumpfen dann im ganzen auf 1/2 Stunde Frühstück und 1/2 Stunde Mittag zusammen. Erst Anfang März wird's wieder besser. Die Pausen werden auch willkürlich verkürrt. Nun das Kapitel

Vaubude.

Zum Einnehmen der Maßzeiten und zum Umkleiden dient eine zerlegbare Bretterbude, welche aber allen Ansprüchen, die man an eine Vaubude stellen muß, Hohn irt. Sie ist derart defekt, daß die Löcher mit Zugwolle verstopft werden müssen, um den Matten und der Zugluft den Eintritt nur einigermaßen zu wehren. Außerdem ist sie so eng, daß, falls jemand mal später herein kommt, die ganze Kolonne aufstehen muß, um ihn durchzulassen. Mit der Reinigung der Bude ist es auch sehr mangelhaft bestellt. — Bei nassem Wetter sind die Arbeiter oft bis auf die Knochen durchnäßt, aber die Sachen müssen meist morgens, besonders im Winter, so wieder angezogen werden, wie sie abends nah hingehängt werden, weil über Nacht kein Feuer da ist und die Sachen so nicht trocknen. — Bei dem Umgang mit Teer, Holzlohlen, Petroleum usw. dürfte eine Wasscheinrichtung sehr nötig sein. Da eine solche nicht vorhanden, muß sich jeder, der das Bedürfnis sich zu reinigen empfindet, am Brunnen waschen. Das ist nur eine kleine Müttelese aus dem Kanalbetriebe, und wir wollen es einstweilen daran genug sein lassen, obwohl noch manches vorgebracht werden könnte. Wenn wir alles auf einmal bringen, kann es leicht passieren, daß „man“ den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht und dann wäre den Arbeitern auch nicht geholfen. Wir sind sehr beiseiden und wollen zunächst wünschen, daß der Magistrat eine ordentliche Vaubude mit Wasscheinrichtung und Heizung zur Verfügung stellt und dann im Winter keine Lohnabzüge mehr macht. Der Schmachtriemen muß in diesen Zeiten Bod'auer Schweinewirtschaft ohnehin enger gezogen werden.

Zur Grenzreitigkeitsfrage.

Genosse Anoll schreibt uns:

Es ist unwahr, daß ich in Mülhausen versucht habe, Mitglieder des Verbandes der Gemeindegewerkschaft zum Uebertritt in den Verband der Steinmetzen zu bewegen, wie es auch — nach den mir feinerzeit gegebenen Mitteilungen der dortigen Agitationskommission — unwahr ist von den dortigen Pfisterern, welche dem Verbands der Gemeindegewerkschaft angehört haben. Beschäftigt wird und wurde diese Behauptung durch die Tatsache, daß ein Mitglied der Leitung der Filiale Mülhausen des Verbandes der Gemeindegewerkschaft, der Genosse Anoblaud, in der fraglichen Versammlung zugegen war und sich bereit erklärte, die Leitung der von mir errichteten Filiale so lange zu übernehmen, bis dieselbe auf eigenen Füßen würde stehen können. Es mangelte nämlich an geeigneten Personen zur Leitung unter den Pfisterern.

Um dann ein etwaiges Mißtrauen der Pfisterer gegen den Genossen Anoblaud nicht aufkommen zu lassen, vereinbarte ich mit demselben, daß er pro forma unserem Verbands beitreten solle, ohne jedoch seiner bisherigen Organisation den Rücken zu kehren; vielmehr habe ich ganz ausdrücklich mit demselben vereinbart, daß ihm die an den Verband der Steinmetzen gezahlten Beiträge — neben der Entschädigung, die wir ihm sonst für seine Tätigkeit gewähren würden — zurückerstattet würden.

Es ist ferner unwahr, daß ich das Mülhauser Kartell gegen den Verband der Gemeindegewerkschaft „mobil“ gemacht habe. Das einzige,

was von unserer Seite geschehen ist, als wir erfuhren, daß von Arbeiters Seite gegen unseren Verband eine Gegenagitation eingeleitet worden sei, wir dem Kartell, gestützt auf die Beschlüsse der ersten Vorstandskonferenz, von diesem Kenntnis gaben und daselbe eruchten, dieser Gegenagitation entgegen zu treten. Das war unser gutes Recht.

Unwahr ist auch, daß wir eine „Strandbitter-Fakti“ angedeutet haben. Der Gegenbeweis ist in dem Artikel der Gewerkschaft selber erbracht, aus welchem sich ergibt, daß wir seit über zwei Jahren dem Verbands der Gemeindegewerkschaft eine Regelung angetragen haben, die bis jetzt lediglich von diesem verschmäht worden ist.

Wenn mir die Redaktion noch ein Wort im allgemeinen gestatten würde, so möchte ich hier erklären, daß die Art, wie diese ganze Frage von fast allen zu Worte gekommenen Mitgliedern des Verbandes der Gemeindegewerkschaft aufgefaßt wird, überhaupt nicht diejenige ist, wie sie behandelt und aufgelöst werden muß. Auch diejenigen, die nicht den Standpunkt des Redakteurs sich zu eigen machen, sagen doch fast alle ohne Ausnahme: Wenn die Zeinseger freiwillig kommen, nehmen wir sie auf.

Die Frage muß doch unter Leuten, die sich nicht den gegenseitigen Vorurteilen abzugeben wollen, so lauten: Gehören die Zeinseger zu uns — ja oder nein? Wenn nein — dann sind dieselben auch dann nicht aufzunehmen, wenn sie freiwillig kommen, sondern an ihre zuständige Organisation zu verweisen! So fassen wir die Frage der Regelung der Grenzstreitigkeiten auf und behandeln wir sie in allen Fällen.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Am Donnerstag, den 19. April fand eine außerordentliche Versammlung der Gasanstalt Fegeler statt, welche zu den Vorlesungen in der Woche vor Etern Stellung nahm. Der Betriebsdirektor hatte nämlich, angeblich wegen Mißbrauch, die Mantine schließen lassen, so daß die Kollegen der Nachschicht ohne Getränke waren. In ihrer Erbitterung gingen die Kollegen allesamt über den Jam und hielten sich vier aus einer Fegeler Restauration. Den am folgenden Tage vorgerufenen Ausnahmemitgliedern wurde eröffnet, daß eigentlich die betreffenden 10 Mann sofort entlassen werden sollten, mit Rücksicht auf ihre bisherige Tätigkeit würden sie aber für diesmal nur mit 50 Pf. bestraft werden.

Als am folgenden Abend die Kollegen die 50 Pf. zahlen sollten, weigerte sich die aus 5 Mann bestehende Frühkolonne der Nachschicht, die Strafe zu zahlen und verlangten sofort ihre Papiere, nachdem sie gerade den ersten Stoß vollendet hatten. Die inzwischen eingetroffene Spätkolonne legte gleichfalls die Arbeit unermittelt nieder. Erst am folgenden Tage wurde dem Vertrauensmann, Kollegen Maßfuß, Mitteilung von diesen Vorgängen gemacht. So konnte weder die Frühkolonne in dieser Angelegenheit verhandelt werden, noch war sonst ein geordnetes Vorgehen in dieser verfahrenen Sache möglich. Nachträglich wurde noch bekannt, daß auch 5 Kollegen von der Ammoniakfabrik entlassen seien, weil sie sich geweigert hatten, für die Entlassenen einzutreten. Allerdings war ihnen seitens des Vorgelegten gesagt worden, daß auf der Anstalt gestreift werde. Am Charfreitag waren dann gegen 20 Kollegen, meist Vertrauensleute unserer Organisation, zur Nachschicht beordert worden, welche auch im Einverständnis mit dem Verbandssekretär, Kollegen Dittmer, die Arbeit aufnahmen.

Kollege Maßfuß geißelte in seinen Ausführungen scharf das undisciplinierte Verhalten derjenigen Kollegen, welche, ohne die Organisation zu verständigen, einfach die Arbeit niederlegten, und wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß derartige planlose Arbeitsniederlegungen nur zum Schaden der Organisation ausfallen. Wenn Mißstände und Unzufriedenheit behänden, müsse in öffentlicher Versammlung dazu Stellung genommen werden und zweckdienliche Maßnahmen gefaßt werden. Niemals dürfe ein organisierter Arbeiter sich willkürlich über die Verbandsmitteln hinwegsetzen.

In der Diskussion wurde festgestellt, daß diejenigen, welche flehentlich aufgehört hätten, größtenteils sowieso in andere Arbeit gehen wollten. Allgemein wurde das planlose Vorgehen der betr. Kollegen verurteilt.

Kollege Dittmer legte alsdann ausführlich den Standpunkt dar, welcher sich mit dem des Kollegen Maßfuß deckt. Gewiß sei die Schließung der Mantine unangebracht, es müßte aber durch den Arbeiterauschuss vorgegangen werden. Ebenso seien die Kollegen von der Ammoniakfabrik durchaus verpflichtet gewesen, keine Streikarbeit zu verrichten, deshalb müsse deren WiederEinstellung verlangt werden. Die gut besuchte Versammlung stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß ein organisierter Arbeiter nicht nach seinem Kopfe handeln dürfe, sondern bei beabsichtigten Arbeitseinstellungen unbedingt erst die Organisationsvertreter zu Rate ziehen müsse. Dem Arbeiterauschuss wurde auf den Weg gegeben, die Einstellung der Ammoniakarbeiter zu beantragen. Ebenso soll die Abschaffung des sechsten Stoßes verlangt werden. Während nämlich in den Berliner Anstalten bereits seit Jahr und Tag der sechste Stoß gefallen ist, müssen die Kollegen in Fegeler noch immer sechs Stoß arbeiten. Als nun die wärmeren Apriltage kamen, war die Arbeit eine derart unheimliche für die Betriebsarbeiter, daß ein fünfter Mann verlangt wurde, welcher auch für ein paar Tage bewilligt, dann aber wieder

entzogen wurde. Die Versammelten stellten aber auch bei dieser Gelegenheit fest, daß die Kollegen zum Teil selber Schuld an solcher Zumutung seitens der Anstaltsdirektion sind, indem in den ersten Monaten so mancher wie wahnwitzig im Betrieb geklaut hatte, so daß die Arbeitsstunde pro Stoß nicht inne gehalten worden ist. Es erging die erste Mahnung an alle Betriebsarbeiter, sich nicht gegenseitig abzugeben, sondern die Arbeit nach Möglichkeit einzuteilen. Jeder kann nicht mehr, wie seine Kräfte auszuhalten. In einer Besprechung über die Anträge des Arbeiterauschusses betreffend 8 und 9 Stundentag wurde von den Ausnahmemitgliedern bekannt gegeben, daß der Direktor nicht abgeneigt sei, den 8 resp. 9 Stundentag einzuführen; es sollen aber erst weitere Verhandlungen über die Art und Weise der Durchführung gepflogen werden. Mit einem Beschluß auf den Verband wurde die impulsive Versammlung geschlossen.

Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß aus Anlaß des Charfreitags auch in der Anstalt Gütlichenerstraße eine heftige Erregung entstanden war, die sich in einer tumultuarisch verlaufenen Versammlung am Sonntag, den 22. April, entlud. Auf der Tagesordnung stand nämlich die Antoniederlegung des Anstaltsvertrauensmannes, Kollegen Helmig, und event. Neubwahl. Am Charfreitag war in den Berliner Anstalten, sei es aus Gasmangel, sei es aus Anlaß der Fegeler Vorgänge, angeordnet worden, daß, anstatt wie sonst üblich, 3 Stoß, 5 Stoß gemacht werden sollten. Da die Kollegen hierauf nicht eingerichtet waren, entstand ziemlich Unruhe und in der Gütlichenerstraße wollten ca. 70 Mann die Arbeit einfach niederlegen. Der Zeltmeister, Kollege Helmig, machte die Kollegen darauf aufmerksam, daß sie verpflichtet seien, zuvor der Ortsverwaltung des Verbandes davon Kenntnis zu geben und befristete den Weg der Verhandlung, um event. 2 Stunden Entschädigung für die Mehrarbeit zu erlangen. Die Kollegen schienen auch größtenteils damit einverstanden und als nun der Direktor den Ausnahmemitgliedern, Kollegen Helmig und Gütlichener erklärte, daß er nur eine Stunde bewilligen könne, wurde dies den Kollegen mitgeteilt. Man trat also, wenn auch widerwillig, die Arbeit an und die ungebührlichsten Angriffe auf den Kollegen Helmig wurden alsdann hinterher laut. Derselbe rechtfertigte in der Versammlung seinen Standpunkt, wurde aber zum Teil in ganz unverantwortlicher maßloser Weise vom Kollegen Auhmeyer und anderen angegriffen. Der erstere schien überhaupt die Versammlung als Theater zu betrachten und benahm sich in einer Weise, daß der Vorige verächtlich mit der Ausweisung aus der Versammlung drohte. Kollege Dittmer wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß ohne Disziplin keine Organisation gedeihen könne. Wenn jeder stets seinen egoistischen Standpunkt in den Vordergrund dränge, werde die Lohn und Arbeitsverhältnisse der Berliner Gasarbeiter durchaus nicht gebessert. Eine einzelne Anstalt könne keinen Druck auf die Direktion ausüben, ohne Verständigung und Plan sei jede Arbeitseinstellung nur von Nutzen für den Arbeitgeber, welcher bei solcher Gelegenheit stets gerade die tüchtigsten Vertrauensleute mit abschiebe. Nach den Erfahrungen in der Dänzigerstraße müssen wir uns hüten, getrennt und planlos vorzugehen. Die Organisation fordere von jedem Kollegen das Eintreten für seine Rechte, aber niemals dürfe außer Acht gelassen werden, daß nur durch die Organisation eine Arbeitseinstellung angeordnet werden könne. Wer selbsttätig vorgeht, ist sich seiner Pflichten als Mitglied der Organisation nicht bewußt. Zwei Standpunkt nahm auch Kollege Buch und andere ein. Ein Schlüsselantrag wurde angenommen und da die Versammelten ihre Angriffe gegen den Kollegen Helmig nur zum Teil aufrecht erhalten konnten, so erklärte derselbe, das Amt weiterführen zu wollen, was allgemeine Zustimmung fand. Wir wollen noch feststellen, daß die Art und Weise, wie einzelne Kollegen in der Gütlichenerstraße gehässig und rabiat in den Versammlungen vorgehen, vielen Kollegen den Versammlungsbesuch geradezu verfehlen muß. Wir nehmen für diesmal Abstand, dies im einzelnen zu schildern, sollte sich aber in dieser Beziehung keine Veränderung zum Besseren vollziehen, so wird einmal den gesamten Berliner Gasarbeitern dies verbandes- und versammlungsbeschädigende Treiben klar gelegt werden müssen.

Halle a. d. S. Betreffend Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Gasarbeiter haben die letzteren an den Magistrat eine Petition gerichtet, in der sie eruchen um:

1. Abschaffung der derzeitigen Arbeitszeiteinteilung, insbesondere der 1-stündigen Wechselzeit für die Feuerhausarbeiter. Dies für Einführung des Dreiviertelstundens bezw. der achtstündigen Arbeitszeit mit der entsprechenden Wechselzeit unter Beibehaltung der bisherigen Lohnsätze;
2. Gewährung eines zehnprozentigen Zuschlags für Sonntags-, Feiertags- und Heberstundenarbeit an alle in den hiesigen Gasanstalten beschäftigten Arbeiter.

Zur Begründung ihrer Eingabe führen die Petenten an: Es sei eine feststehende und von keinem Fachmann zu leugnende Tatsache, daß die Feuerhausarbeiter der Gaswerke einen der schwersten und gesundheitsgefährlichsten Berufe ausüben. Ihre Arbeit erfordert eine außerordentliche körperliche Anstrengung, und die Temperaturen, denen die Leute ausgesetzt sind, weisen eine geradezu menschlich unerträgliche Höhe auf. Eine natürliche Folge dieser Arbeitsweise sei der frühe Verbrauch der Arbeitskraft. Von der in den anderen Berufszweigen minder beobachteten physischen Degeneration der in Rede stehenden Arbeiter legen die Krankheitsziffern beflagter Arbeiterkategorie

ein berechnetes Zeugnis ab. Da diese Kalamität eine unabwiesbare Folge der heutigen Gas-technik darstellt, so könne ein gerechter Ausgleich nur durch eine vernunftgemäße dem physischen Widerstand der Arbeiter angepaßte Arbeitszeit herbeigeführt werden.

Des weiteren wird konstatiert, daß in einer großen Anzahl deutscher Städte die Verwaltungen der Gasanstalten den Achtstundentag eingeführt haben.

Bezüglich ihres zweiten Wunsches sind die Petenten der Ansicht, daß wohl eine weitere Begründung nicht notwendig ist; werde doch in fast sämtlichen Privatbetrieben für die Sonn-, und Feiertag und Ueberstundenarbeit ein Prozentzuschlag gewährt.

Außer Acht dürfe seiner nicht gelassen werden, daß die Arbeit aller in der Gasanstalt beschäftigten Personen eine besonders schwere ist, was einen größeren Aufwand an Kleidung, Lebensmitteln usw. bedingt.

Öffentlich verächtlich sich der Magistrat nicht diesen bescheidenen und eigentlich selbstverständlichen Forderungen der sozial mit am schlechtesten gestellten Arbeiterkategorie.

Köln a. Rh. Die Achtstundenschicht ist vom 7. Mai ab hier eingeführt worden.

Mühlhausen i. G. Eine „Christliche“ Heldentat! Unsere Gasarbeiter, die zum größten Teil in dem „Verband der Gemeindearbeiter“ organisiert sind waren nicht wenig erstaunt, zu hören, daß seitens eines „Christlichen“ bei der Direktion Schritte gemacht würden um wie gewöhnlich hinter dem Rücken der Arbeiter lumpige Verräterei zu treiben. Ein Artikel der „Merikanischen Landeszeitung“ teilt jetzt den Erfolg mit wie folgt: „Die Direktion der Gasanstalt verspricht nach und nach Verbesserungen einzuführen. Bravo!“ So da hätten wir! Nach und nach Verbesserungen. Anfang am Sanft-Kammerleinstag. Aber so haben wir nicht gewettet. Die organisierten Arbeiter hatten vor kurzem beschlossen, eine Eingabe an die Direktion zu richten, wo sie ihre Forderungen aufstellten, was inzwischen geschehen ist. Sobald dies bekannt wurde, ging Herr Heinrich Kuhn gelegentlich Redakteur, Gewerkschaftssekretär oder Volksvereinsvereinsmann, wies trifft, auf die Direktion und München Gladbach sprach. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser Herr Kuhn gar keinen Auftrag hatte zu unterhandeln. Ja man wundert sich, daß gerade in der Filiale, die von Kuhn geleitet wird, so wenig gearbeitet wird; dennah scheint dieser noble Vertreter der Jesuiten Schule es als seine Hauptaufgabe zu betrachten, anderen Leuten ihre Arbeiten zu verrichten, weil er die seinen nicht gerne macht. In der Versammlung der Gasarbeiter wurde diese Heldentat auch richtig eingeschätzt, selbst von „Christlichen“ Gasarbeitern, nämlich als gemeine Verräterei, die ja auch nur ausgeübt wird wenn sich den „Christlichen“ Gelegenheit bietet. Sie haben sich wieder ein schönes Gebendblatt geschrieben, das sich nicht sobald verwischen lassen wird. hu.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Zur Feier des Weltfeiertages der Arbeit waren die arbeitstfreien Mitglieder der Filiale Groß-Berlin am 1. Mai mittags 12 Uhr in Tivolis Festsaal zusammengelommen. Wenn auch bei solchen Veranstaltungen zu berücksichtigen ist, daß den städtischen Arbeitern vorläufig noch die Möglichkeit fehlt, den Maienfesttag in der würdevollen Form durch Arbeitserube zu begehen, so muß es andererseits doch gesagt werden, daß es einer weitlich größeren Zahl von Kollegen als den etwa 200 Anwesenden möglich gewesen wäre, die Versammlung zu besuchen. Jeder dienstfreie städtische Arbeiter muß es als Ehrenpflicht betrachten, an dieser Feier der Solidarität der Arbeiter aller Länder teilzunehmen, muß freudig dabei sein und seinen Namen stellen, wenn es gilt, Heerschau zu halten über diejenigen, welche die Idee der Arbeiter, den Gedanken an die Notwendigkeit der einheitlichen proletarischen Aktion unerschütterbar erfaßt haben. Das traf leider auf unsere Männerversammlung nicht zu. Und trotzdem gestaltete sie sich zu einer erhebenden stundgenüßigen. Eine stimmungsvolle Einleitung gaben die Gesungen vom Gesangsverein der Fuzer durch den Vortrag von drei dem Tage entsprechenden Gesängen. Alsdann schilderte Julius Natolik in begeisterten und begeisterten Worten die hohe Bedeutung des Maiestages für die Proletarier der ganzen Welt im allgemeinen und des Proletarier Preußens Deutschlands im besonderen. Sein Vortrag lang aus in der Anforderung, stets mit Ehrer und Energie tätig zu sein für die Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und so mitzuhelfen an der endlichen Befreiung aus dem rationalen Joch. Anhaltender Beifall bewies, wie sehr der Vortragende den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. Die von der Berliner Gewerkschafts-Kommission empfohlene Resolution, welche alle Forderungen der organisierten Arbeiterkategorie zusammenfaßt, wurde einstimmig angenommen. Am Schluß gaben die Versammelten nach einigen kurzen anfeuernden Worten des Vorsitzenden ihrem Empfinden durch ein enthusiastisches Hoch auf den Weltfeiertag und die moderne Arbeiterbewegung Ausdruck.

Berlin. Gruppe Revier-Inspektionen. Eine außerordentliche gut besuchte Generalversammlung fand am 20. April statt.

Kollege Pusader erstattet den Massenbericht, sowie auch Kollege Piotrowski über die Unterstützungsliste. Beide Massen sind von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und wird den beiden Kassierern Techarge erteilt. Gang berichtet über das letzte Verquägen, welches einen recht erfreulichen Ueberschuß abgeworfen hat. Kollege Pusader erhält das Wort zur Erläuterung zum 2. Punkt der Tagesordnung unter dem Hinweis auf verschiedene Änderungen in einzelnen Paragraphen, die in zwei vorher stattgefundenen Sitzungen normiert worden sind. Der Vorsitzende Mehrwald verliest die einzelnen Paragraphen bis § 8, wo lebhafte Diskussion einreißt. Die Abstimmung ergibt 114 für und 12 Stimmen gegen die Annahme ohne Zusatz. Punkt 1 stellt den Antrag, in § 8 Abs. c, den letzten Satz zu streichen, was mit 70 gegen 41 Stimmen abgelehnt wird. Der Vorstand wird erwidert, die einzelnen Paragraphen nur abzufragen und nicht zu verlesen, da die Zeit zu kurz werden würde. In § 29 wird ein Absatz a angenommen: Für Mitglieder, welche beim Inkrafttreten 52 Vertragswochen geleistet haben, treten die Unterstützungen am 1. 4. 07 in Kraft. Ebenso § 30 die zweite Hälfte des letzten Satzes zu streichen. Der 2. Punkt der Tagesordnung wird unterbrochen, durch vorzunehmende Wahl der Delegierten. Von den 10 in Vorschlag gebrachten Kollegen erhielten Mehrwald 110, Pusader 74, Schabel 41, Glager 40, Müller 9 Stimmen. Die zwei erdgenannten sind als Delegierte, und die zwei nächstfolgenden als Stellvertreter gewählt. Es wird von verschiedenen Kollegen besonders betont, daß die zwei gewählten Delegierten auch voll und ganz ihren Mann zu stellen haben, um die Stellung und Interessen der Gruppe aufrecht zu erhalten.

Nun folgt die Weiterberatung der Statuten. Bei dem § 40 Abs. b wird der letzte Satz kritisiert. Glager weist auf die Verdrängung der „Gewerkschaft“ Nr. 15 hin. Bei § 41 Abs. a sollen 400 Mitglieder anstatt 500 gesetzt werden. Die übrigen Paragraphen finden die Zustimmung der Versammlung und es wird den beiden Delegierten nahe gelegt, die Änderungen und Zusatzanträge der Gruppe recht energisch zu vertreten. Zum Schluß wurde mit Bezug auf die §§ 30 und 31 folgende Resolution mit großer Majorität angenommen:

„Die Versammlung der Gruppe Revier-Inspektionen sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, welchen sie am 1. Juli eingenommen hat. Dieselben erwarten, daß der Verbandstag den gestellten Anträgen Rechnung trägt, um eine Zerpfitterung zu vermeiden.“

Berlin III. (Wasserwerke). Versammlung vom 22. April 1906. Die Abrechnung vom Rosenball, vom Kollegen Abrahamsohn verlesen, ergab einen Ueberschuß von 10,25 Mk. Den Bericht von der erweiterten Verwaltung gab Kollege Lehrengehl und teilte mit, daß die erweiterte Verwaltung den Wunsch hegt, die Ueberschüsse, welche die Sektionen aus Verquägungen, Pällen usw. erzielen, in Zukunft der Verbands-Unterstützungsliste überwiesen zu sehen. Kollege Jiebig stellte hierzu den Antrag, 50 Mk. aus unserer Sektionskasse der Filiale-Unterstützungsliste zu überwiesen. Der Antrag wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Begründend wurde vom Kollegen Bartel ausgeführt, daß das Geld, welches wir noch in unserer Kasse haben, innerhalb der Sektion zu gebrauchen ist, indem den in Not geratenen Mitgliedern unserer Sektion auch schon in früheren Jahren in einzelnen Fällen kleine Unterstützungen gewährt worden sind.

Ferner wünscht die erweiterte Verwaltung, daß die Filiale Groß-Berlin noch einen Kassierer anstelle möchte, der monatlich die Wochenbeiträge von den Vertrags-Sammlern zu kassieren hätte. Demnach würden dann die jetzigen Sektionskassierer überflüssig werden. Kollege Vollmann ist der Meinung, daß die Sektionskassierer für den Verband sich billiger stellen als ein angestellter Kassierer. Kollege Jiebig suchte festzustellen, daß die Sektionskassierer der Filiale fast ebenso teuer kommen als ein angestellter Kassierer seitens der Filiale Groß-Berlin. Gewisse Erfahrungen hätten zu diesem Antrage geführt.

Zur Wahl der Verbandstagsdelegierten richtete Kollege Gentschke die Anfrage an den Kollegen Jiebig, ob er als Delegierter der Sektion III gewählt sei, gegen den § 8 der neuen Statutenverträge auf dem Verbandstage zu stimmen. Kollege Jiebig erklärte, mit einem gebundenen Mandat nicht nach Mainz gehen zu wollen. Nun wir sind einer anderen Meinung darüber, und das ist auf jeden Fall die richtige, daß ein Mitglied, welches von seiner Sektion als Delegierter zum Verbandstage gewählt wird, auch die Pflicht hat, die Wünsche derselben auf dem Verbandstage zu vertreten. Ueberhaupt war es ein Fehler von der Filiale Berlin, daß die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage nicht den einzelnen Sektionen überlassen worden ist. Die Mehrzahl der Mitglieder der Sektion III ist gegen die Erhöhung des Beitrags auf 40 Pf. weil, falls dieses beschlossen werden sollte, mehr als zwei Drittel unserer Mitglieder austreten. Fast alle Redner erklärten, eine Erhöhung von 15 Pf. pro Woche ist auf einmal zuviel, angeht der niedrigen Löhne und der verdrängenden Teuerung. Viel mehr ist die Sektion für eine Erhöhung von 5 Pf. Wochenbeitrag pro Jahr, um so erst nach drei Jahren 40 Pf. und dann auf dem zweitnächsten Verbandstage die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung usw. auf die Tagesordnung zu legen. Unsere Sektion ist auch der Meinung, daß sich unsere Löhne in drei Jahren auch um ein paar Pfennige wieder gehoben haben werden und mithin es uns auch eher möglich ist, höhere Wochenbeiträge für die gewerkschaftliche Organisation entrichten zu können.

Die Versammlung befaßte sich alsdann mit der Lohnerhöhung. Wie wir wissen, ist dieselbe recht ungleich und niedrig ausgefallen. Die Versammlung bedauert eine derartige ungleiche Regelung der allgemeinen Zulagen, indem die einzelnen Kategorien ein, zwei und drei Pfennige pro Stunde mehr bekommen. Am bedauerlichsten sind diejenigen, welche mit nur einem Pfennig bedacht wurden. Zum Unglück sind mit alle mit starker Stimme geklagt. Die Zulage hätte angedacht der herrschenden Forderung eine einheitliche sein sollen. Die Plumber, die bei den Zulagen nichts erhielten, haben abermals ein Gesuch direkt an die Direktion gelangt und somit den Arbeiteraussschuß umgangen. Die Mitglieder des Arbeiteraussschusses sowie Kollege Piering Regel verurteilen das Einzelvorgehen und die damit verbundene Umgehung des Arbeiteraussschusses als das alleridiotischste.

Die Versammlung diskutierte noch viel über unsere Lohnregelung und beauftragte den Arbeiteraussschuß, recht bald eine Arbeiterausschuß Sitzung einberufen zu lassen und mit auf die Tagesordnung zu setzen: „Die ungleiche Lohnregelung“. Ferner stellte Kollege Eisenblätter zwei Anträge: 1. den Sektionsvorständen eine Vergütung zu zahlen, da dieselben in der Sektion eine Masse Arbeit auszuführen haben, namentlich dem Schriftführer, der jetzt alle Wochen den Betriagsverlaufs, Handzettel usw. zu besorgen hat und nichts bekommt; 2. unsere Sektion möge gegen den § 5 der neuen Statutenvorlage stimmen. Beide Anträge wurden angenommen.

Falle a. S. Bekanntlich hatten die hiesigen Kollegen um eine Feuerungszulage petitioniert. Da dieses aber keinen Erfolg hatte, so wurde zunächst eine Petition (siehe Notizen für Gasarbeiter) zur Unterstützung bei den Kollegen herangereicht. Kollege Strobbach hatte die Unterschriften zu sammeln. Aber als der Herr Betriebsführer Nichter dieses erfuhr, wurde der Kollege Str. in einem unterwürfigen-mäßigen Tone angelockt, daß er das Unterschriften sammeln zu unterlassen hätte, es dürfe keine Agitation getrieben werden und wenn dies nicht unterbliebe, er auf höherem Befehl die Entlassung aussprechen müsse. Kollege Str. antwortete: „Ich bin beauftragt von meinen anderen Kollegen und muß es ausführen.“ Sagte aber recht unvorsichtigerweise hinzu: „Na, dann gehe ich.“ worauf er auch ging. Das war entschieden ein Fehler. Mit ihm gingen ohne weiteres noch zwei andere Kollegen, was natürlich auch falsch war. Nun wurde guter Rat teuer. Drei Mann fehlen im Betriebe! Es funktionierte deshalb auch des Abends die Strafenbelohnung nur teilweise. (Das ist ja sehr großmütig. Anmerkung des Lesers.) Die Verprechungen und Untersuchungen haben nun ergeben, daß die Kollegen nicht hätten die Arbeit verlassen sollen, sondern sie mußten sich laut Beschluß einer Betriebsversammlung am anderen Tage zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Da dies unterblieb, konnte natürlich die Erleichterung keine Verhandlungen anbahnen. Sehr interessant ist die dem St. ausgestellte Arbeitsbescheinigung:

Der Arbeiter Max Strobbach, hier

hat vom 13. September 1878 bis 11. November 1901 in unserem Betriebe (Gasanstalt I) in Beschäftigung gestanden und ist heute ordnungsmäßig entlassen worden. Gegen die Führung ist nichts einzuwenden. Die Krankenkassenbeiträge sind bis zum heutigen Tage entrichtet.

Falle a. S., den 30. April 1906.

Städtisches Gas- und Wasserwerk.

Der Betriebsführer der städtischen Gasanstalt I. Nichter.

Hier ist ein recht eigentümlicher Fall: Dieser Mann ist seit 1878 — also vom Tage seiner Geburt an — in einer Gasanstalt beschäftigt, und zwar bis 1901. Da wir aber doch bekanntlich schon 1906 schreiben, so hat wahrscheinlich der Schreiber Hedbergott (welder den Verband getroffen hat) die fünf Jahre gelassen und weiß nicht, daß wir jetzt etwas weiter sind. Nun kommt noch eines hinzu. Der Betriebsführer Nichter liest den Zettel durch, unterschreibt, Punktum.

Rüchwar, sehr penibel. Für 3000 Mark Gehalt allerlei. Str. ist 1878 geboren und ist von 1901 bis zum 30. April 1906 in Beschäftigung bei der Stadt gewesen. Den Kollegen sei aber einsehbar: Sollte wieder einmal etwas unterschrieben und ein Kollege zur Unterschriftenammlung beauftragt werden, so hat er nicht gleich von selbst zu geben, wenn dem Betriebsleiter die Sache nicht paßt, sondern er hat abzuwarten, was der Betriebsleiter unternimmt und zunächst der ersten Verwaltung des Verbandes Kenntnis zu geben. Durch solches unkluges Vorgehen bringen sich die Kollegen auch um die verbandssittige Unterstützung.

Hamburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 22. April. Den entscheidenden Bericht zu den Verhandlungen über die Statutenvorlagen erhaltet Schönberg. Er führte aus: Die Statutenvorlage werde wohl allgemein überlesen haben; sie bedeute einen großen Schritt nach vorwärts. Daher müsse man der Vorlage im ganzen zustimmen; Einzelheiten konnten geändert werden. Die Vorlage überzeuge das gegenwärtig geltende Statut um ein bedeutendes, sowohl in formeller wie materieller Hinsicht; ihr Aufbau, ihre Sprache, die Anordnung und Gliederung der Materie und die Behandlung der letzteren, die Heberthätigkeit des Ganzen und die Verhandlung im einzelnen sind von entschieden besserer Güte als es sich im

Verbandsstatut findet. Auch auf solche Knechtlichkeiten ist Gewicht zu legen. Eine moderne Arbeiterorganisation soll in allem modern sein, in jeder Hinsicht auf der Höhe der Zeit stehen; und dies ist besonders für unsere Organisation zu beachten, die mit den Verbänden auskommen, hat bei diesen Beachtung verschaffen soll, und: Ohne Ansehen keinen Einfluß! Mit noch größerer Gemühtung ist aber an der Vorlage zu loben, daß sie in gewerkschaftlicher Beziehung den Verband auf eine höherer Stufe bringen will; sie will der Organisation die Mittel liefern zum gewerkschaftlichen Kampf! Ein Mangel in diesem Punkte macht sich gegenwärtig mit jedem Tage fühlbarer. Die Verwaltungsbehörden respektieren uns nicht, weil sie unsere Schmachtt kennen. An den auf jener Seite maßgebenden Stellen ist bekannt, daß wir kein Geld haben, um einen Streit führen zu können; einige hundert Mann mehrere Wochen unterstützen, würde für uns den finanziellen Bankrott bedeuten. Das muß anders werden! Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, zuweilen gezwungen zu sein, durch die Arbeitsentziehung zu erzwingen, was wir im guten nicht zu erreichen vermögen. Die Erfahrung als beste Lehrmeisterin hat uns bewiesen, und jeder neue Tag zeigt es mehr: Die staatlichen und städtischen Verwaltungen werden auf lange Zeit hinaus die Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter nicht nach anderen als rein kapitalistischen Grundsätzen gestalten. Und diese sind: Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne — größerer Profit! Unsere frühere Auffassung! Wir werden Staat und Gemeinde als Arbeitgeber auf die Wahl der Sozialpolitik drängen können, ist durch die Alltagspraxis zu schanden geworden! Insbesondere zeigt jetzt wieder der hamburgische Staat, daß er von des sozialen Gedankens Masse nicht angehaftet ist; mehrere laufende Beamten sollen höhere Gehälter als Feuerungszulage bekommen, die Arbeiter aber haben immer noch nichts davon, daß auch sie alle erhöhte Löhne bekommen sollen. Die Arbeiterlobnpolitik des hamburgischen Staates wird nicht geleitet nach sozialen Gesichtspunkten, sondern nach Erwägungen Klassenstaatspolitischer Natur, und zwar in des Wortes arbeitergefährlicher und prägnanter Bedeutung! Alle Illusionen, die Worte: Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, würde eine und zwar bleibende Kernwirkung und praktische Bedeutung haben, sind dahin! Angesichts solcher Beispiele wäre es geradezu arbeiterveräufliche Gewerkschaftspolitik, dem Verbands die Warnmittel zu verweigern, welche er unter den gegebenen Verhältnissen zur Verwirklichung seines Programmes bedarf. Ob und wann der Verband in die härteste Seite des gewerkschaftlichen Kampfes greift, den Mitgliedern eine Arbeitsentziehung empfiehlt, ist und bleibt eine Frage der Taktik. Es kommt aber darauf an, die Möglichkeit für einen Kampf zu schaffen, damit, was auskommen möge, die Organisation alles überdauert. Ohne Vertragserhöhung geht es nicht ab. — Der Verbandsvorstand beauftragt einen besseren Ausbau des Unterstützungswesens. Bei der Verteilung dieser Frage müssen wir innerhalb unserer Reihen Umschau halten. Was erwarten die Mitglieder alles von der Organisation? ist die Frage, die beantwortet werden muß. Nicht alle Mitglieder stehen auf gleicher Höhe gewerkschaftlicher Erkenntnis. Ein guter Gewerkschaftler wird sagen: Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist eine Kulturbewegung, sie ist mittelbar das Werkzeug zur Verbesserung der sozialwirtschaftlichen Verhältnisse, sie hebt die Arbeiter aus der sozial unwürdigen Lage als lebende Arbeitsmaschinen und rückt ihnen einen ebenbürtigen Platz unter den übrigen Schichten der sozialen Gesellschaft, und deshalb bin und bleibe ich Mitglied meiner gewerkschaftlichen Organisation, auch wenn ich persönlich direkt niemals einen pekuniären Vorteil durch und von dieser Organisation habe! Das ist der Standpunkt eines Klassenbewußten Arbeiters. Aber nur wenige Arbeiter haben ihn erklommen. Und damit haben wir uns abzuwenden. Die meisten Arbeiter kehren der Organisation nicht nur dem Rücken, wenn sie in Vöde keine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse sehen, sondern sie wollen außerdem wissen, daß die Organisation für ihre Privatinteressen sorgt. Was bietet mir der Verband? fragt der einzelne. Und die Organisation muß nicht nur Mitglieder in sich aufnehmen, sondern dieselben auch dauernd an sich fesseln, um sie für den gewerkschaftlichen Kampf zu fähigen. Es ist auch nicht zu verkennen, daß das Unterstützungswesen mit zur Vertiefung des Solidaritätsgefühls beiträgt; es mahnt die Arbeiter, daß sie in allen Lebenslagen auf sich selbst, auf Eigenhilfe, die auf Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit beruht, angewiesen sind. Der Medner beabsichtigte dann die einzelnen Unterstützungszweige, welche die Vorlage vorsticht, und er hat recht vorhaltlich einige unvollständiger Verbesserungen, die noch erfolgen müßten, sein Einverständnis. Er empfiehlt, die Vorlage von prinzipiellen und höheren Gesichtspunkten zu beurteilen. Schwarz und Roth sind im Prinzip gegen die Vorlage. Zeeler, Niehl, Herrmann und Tiesel treten für einen höheren Beitrag ein, soweit das für die bessere gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit des Verbandes vonnöten sei; sie sind Gegner der neubestimmten Unterstützungszweige; ein Wochenbeitrag von 30 Pf. würde genügen. Wilkens, Schelling, Sorgenfrei, Medel und Schulz sprechen für die Vorlage. Sie sind der Ansicht, daß es besser ist, den Beitrag auf wochentlich 10 Pf. mehr zu erhöhen und dann allen Anträgen genügen zu können. Durch höhere Prophezeiungen über Mitgliederabgang und dergleichen dürfte man sich nicht täuschen lassen. In seinem Schlusswort weist Schönberg die erhobenen Einwände als unbegründet zurück. — Zu Delegierten zum Verbandstage wurden gewählt: Schönberg,

rüht, Sorgenfrei, Weikel, Willens, Riebel, Seeler. Endwahl zwischen Ehrlich und Meil. Das Wahlergebnis wurde nach Schluß der Versammlung festgestellt und wird hierdurch den Mitgliedern bekanntgegeben.

Hannau. Die Generalversammlung am 20. April war gut besucht. Die Generalversammlung beschloß einstimmig folgende Abänderungsanträge zu stellen: Der Verbandsbeitrag ist auf 20 Pf. oder bei entsprechenden Leistungen auf höchstens 30 Pf. zu bemessen. Der Beitrag auf 40 Pf. sei zu groß. Statt 75 Proz. sind der Vollalosse wie bisher 66 2/3 Proz. der ordentlichen Beiträge zu belassen. Die vom Verbandsvorstande vorgelegene Regelung der Erwerbslosenunterstützung wird von der Filiale Hannau nicht gutgeheißen, da die Stadt in Krankheitsfällen 13 Wochen voll den Lohn weiterzahlt. Es müßte eine Unterstützungszulage zum Krankengeld sein, wie bei anderen Verbänden. In einer Resolution wurden diese Ansichten noch einmal zusammengefaßt und betont, daß bei uns meistens ungelernete Arbeiter in Frage kämen, die in Hannau einen Stundenlohn von 32 Pf. erhalten.

Hannover. Am 21. April fand eine Mitgliederbesprechung mit folgender Tagesordnung vom 1. Quartal 1906: 1. Protokollverlesung. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1906. 3. Einrichtung von Sektionen und Wahl von Sektionsführern. 4. Lokalfrage. 5. Delegiertenwahl. 6. Berichtedenes. Nach der Protokollverlesung erstattete der Kassierer den Massenbericht, woraus man den guten Fortschritt der Filiale erkennen konnte. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Es wurden dann Sektionen eingerichtet und für jede Sektion die Sektionsführer gewählt. Dann wurde beschlossen, die Versammlungen im „Neuen Alceblatt“ abzuhalten. Nach einer lebhaften Diskussion wurden Anträge zum Verbandszuge gestellt und zur Wahl eines Delegierten geschritten. Es wurden 53 Stimmen für den Kollegen Joh. Köttner abgegeben. Im Verschiedenen wurden noch einige innere Verbandsangelegenheiten erörtert. Hierauf folgte Schluß der Besprechung.

Heilbronn. Mitgliederwahl am 11. April 1906. Zunächst wird Stellung zur Delegiertenwahl genommen. Aus den Eingängen der anderen zum Wahlkreis gehörigen Filialen ist ersichtlich, daß Gewerksamen für einen Heilbrömer Kollegen stimmen wird, während die Marktreiber auf einen Mandatanten aus ihrer Filiale bestehen. Es erhielten Heiler 78 und Keller 11 Stimmen. Sodann hielt Kollege Altvater eine längere Ansprache, in welcher er auf die schwebenden Forderungen näher einging. Dem schloß sich eine Diskussion über die Statutenvorlage an.

Kassel. Die am 21. April stattgefundene Mitgliederversammlung war leidlich besucht. Kollege Schäfer-Möln begründete in längeren Ausführungen die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes. Die Diskussion war sehr lebhaft. Mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung waren sämtliche Redner nicht einverstanden, einerseits deswegen, weil hiermit eine allgütige Vertragserhöhung verbunden ist, andererseits weil in Kassel ein Zubehör zum Krankengeld gewährt würde. Einem 30 Pf. Beitrag stimmte die Versammlung einstimmig zu. Im Verschiedenen wurde bedauert, daß die Erledigung des Antrages betr. Gewährung einer Feuerungszulage sich in die Länge ziehe. Die Abrechnung, die der Kassierer Möller gab, wurde genehmigt. Nach Erledigung einiger Internas fand die Versammlung ihren Abschluß.

Köln. Die am 20. April stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung und Geschäftsbericht, die Statutenberatung und Wahl eines Delegierten. Aus der Abrechnung und dem Geschäftsbericht vom 1. Quartal 1906, worüber Kollege Schäfer Bericht erstattete, ging hervor, daß die Filiale sich gut entwickelte. Die Einnahmen verdoppelten sich im verfloffenen Vierteljahre. Sie erhoben sich von 500 Mk. auf 1274 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 302 auf 505. Und dies trotz der Beitrags-erhöhung von 20 auf 30 Pf. Versammlungen, Besprechungen und Zigungen fanden 72 statt. Redner ging noch auf die Lohnbewegungen ein, worüber an einer anderen Stelle gesprochen werden soll. Der Geschäftsbericht wurde Decharge erteilt. Kollege Kaufenberg referierte sodann über die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes. Einer Beitrags-erhöhung stimmt er zu, ob es aber geraten erscheine, sofort von 20 auf 40 Pf. zu springen, bezweifle er. Ganz und gar sei die vorgeschlagene Erhöhung nicht akzeptabel, als man mit dem Mehrbeitrag eine Erwerbslosenunterstützung einführen könne, für die sich der Vorstand aus tatsächlichen Gründen nicht erwärmen könne. Ein großer Teil der Gemeinden zahle bereits die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld aus. Es sei unredt, eine Unterstützungsart einzuführen, die nur einen Teil der Mitglieder zu gute komme. Er schlage vor, es sei einem 30 Pf. Beitrag zu belassen. Was für diesen Betrag geleistet werden könnte, darüber zu beraten, sei Sache des Verbandstages. Sicher sei, daß der Verbandsvorstand eine weitere Vorlage, die dieser Beitrag zugrunde gelegt ist, in der Hand habe. Die Gemahregestelltenunterstützung sei zu hoch. Daß man den Filialen gestatten wolle Konferenzen zu arrangieren (§ 360) sei zu begrüßen. Warum aber gleich wieder die Einschränkung, daß dies nur alle zwei Jahre geschehen dürfe? Diese Konferenzen müßten mindestens alle Jahre einmal stattfinden. Daß man nur 500 Mitglieder bei den Delegiertenwahlen für je einen Delegierten zugrunde legen wolle, findet Redner für unredt. Man solle es bei 250 belassen, zumal sich bis zur Wahl die einzelnen Filialen weiter entwickel-

hätten und dieserhalb heute schon die Zahl eine höhere sei als 250. So habe Köln jetzt weit über 300 zahlende Mitglieder und müsse trotzdem mit Bielefeld und Cassel einen Delegierten wählen. Ganz unverständlich sei es, daß man die Lohnbewegungen usw. in der Weise in Abblonieren wolle, wie vorstandsseitig vorgezeichnet. Die Annehmung des Zustanzweges sei zwar in der Regel geboten. Mögliche aber nicht einmal eine Ausnahme eintreten, die eben im Interesse der Beteiligten verlangt, daß einmal das Schema nicht beachtet wird, selbstredend im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand? Eine dahingehende Aenderung der Vorlage sei unerläßlich. Im übrigen erkennt er die saubere und instruktive Form der Vorlage als eine fleißig und fein durchdachte Arbeit an, die dem Verbandsvorstand alle Ehre mache. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Kollege Sassen bemängelt, daß in der „Gewerkschaft“ Verlobungs- und Gratulationsanzeigen Aufnahme fänden. Er stellt den Antrag, den Verbandsvorstand zu erhitzen eine dahingehende Aenderung zu treffen. Kollege Schiefer bedauert es, daß der Verbandsvorstand so lange mit dem Statutenentwurf hinstern Verge gehalten habe. Es sei fast unmöglich, die ganze Materie ihrer Bedeutung entsprechend zu studieren, so kurz sei die Zeit bemessen. Die Zahl von 500 für je einen Delegierten will er beibehalten wissen. Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, Anträge, die sich mit den Ausführungen des Referenten decken, zu formulieren und dem Verbandsvorstand zu unterbreiten, fand Annahme. In Sachen der Delegiertenzahl soll es bei dem Entwurf seine Bewandnis haben. Auch der Antrag Sassen fand Annahme. Kollege Schäfer wies noch auf die Grenzstreitigkeiten hin. Eine Resolution, die besagt, daß nach wie vor an dem Grundriss festgehalten werden soll, unsere Organisation, als die kompetente für die städtischen Arbeiter, gleich welchen Berufes, zu betrachten, fand unter lebhaftem Beifall einstimmige Annahme. Als Delegierter zum Verbandstag wird Kollege W. Willerscheidt gewählt. Nach Vornahme einiger Ertragwahlen zum Vorstand und Gewerkschaftsstellvertreter fand die Versammlung ihr Ende.

Stuttgart. Am Freitag, 20. April fand in Dinkladers Saalbau eine „Lebendige Versammlung“ der Arbeiter sämtlicher städtischen Betriebe statt, um die Forderung einer Feuerungs- und Lage zu beraten. Der Besuch war außerordentlich stark und die Vororte Camstatt, Untertürkheim und Wangen waren ebenfalls stark vertreten.

Von den eingeladenen Stadtvätern war nicht ein einziger erschienen. Gewiß der beste Beweis für das richtige sozialpolitische Verständnis, das die Herren unseren Wünschen und Beschwerden entgegenbringen.

Der Referent, Kollege Altvater, sprach unter lebhaftem Beifall über die Ursachen der gegenwärtigen Feuerung, so hauptsächlich den Kolltarif und dessen verberblichen Wirkungen. Bei der Beratung über die Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter am 6. Oktober 1904 erklärte Herr Gemeinderat und zweiter Bürgermeister Stadtmayer: Einer Neuregelung des statistischen Amtes zufolge seien die Preise für ein, zwei- und dreizimmerige Wohnungen um 4, 5 und 10 Mk. pro Jahr gestiegen; in den Preisen für Fleisch, Mehl, Brot und Getreidewaren sei keine nennenswerte oder nachhaltige Steigerung eingetreten, während die Gemüsepriese sich in steigender Tendenz befänden.

Kun: das statistische Amt und der Herr Gemeinderat Stadtmayer werden für die gegenwärtige Zeit und Umstände dieselbe Behauptung wohl nicht mehr aufstellen wollen, denn die Preisserhöhungen für sämtliche Lebensbedürfnisse, nicht allein der Lebensmittel, sondern auch der sonstigen Bedarfsartikel, sind in der letzten Zeit hier in Stuttgart, das schon an und für sich eine der teuersten Städte des Reiches ist, geradezu exorbitant. Daß die vorgezeichneten Lohnsteigerungen von 10 Pf. pro Jahr und Tag bei weitem nicht genügen, um die dadurch verursachten Mehrausgaben zu decken, verliert sich am Kande. Die Ausgaben für eine fünfköpfige Familie betragen bei größter Sparsamkeit, wenn dieselbe auch nur halbwegs ordentlich ernährt und unterhalten werden soll, mindestens 1500 Mk. pro Jahr, demna bei 1/2, aller städtischen Arbeiter, je nach der Kategorie, eine Lohnzunahme von höchstens 930 - 1300 Mk. gegenübersteht.

Soll also das schon bestehende Elend nicht noch erheblich vermehrt und die städtischen Betriebe nicht statt Muster- als Hungerinstitute verdorren werden, so ist eine Feuerungszulage unbedingt notwendig. Eine ganze Reihe anderer größerer und kleinerer Städte haben die bestehenden Feuerungsverhältnisse anerkannt und demgemäß je nach den örtlichen Verhältnissen eine Feuerungszulage gewährt, so daß Stuttgart gewiß nicht mehr in den Gerich kommt, in dieser Beziehung eine der ersten zu sein.

An den Kollegen aber liegt es, durch Anschluß an die Organisation und deren tatkräftige Unterstützung dafür Sorge zu tragen, daß ihre Interessen in ausgiebiger Weise vertreten werden können.

Das der wesentliche Inhalt des fünfviertelstündigen Vortrages, dem sich eine umfangreiche Debatte anschloß. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die heute den 20. April in Dinkladers Saalbau versammelten 500 städtischen Arbeiter Stuttgarts beschließen: In Erwägung, daß durch die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, insbesondere der Lebensmittel seit Inkrafttreten des neuen Kolltarifs am 1. März d. J., es dem Arbeiter immer schwerer fällt, seine Familie durch seine Hände Arbeit zu ernähren,

in weiterer Erwägung, daß, veranlaßt durch diese Forderung, bereits eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen den bei ihnen beschäftigten Arbeitern eine entsprechende Lohnzulage zugewilligt haben, wird der Arbeiterausschuß beauftragt, unverzüglich eine Petition an die bürgerlichen Kollegien einzureichen, in welcher um Gewährung einer dauernden Lohnzulage von 30 Pf. pro Tag ab 1. März d. J. für jeden städtischen Arbeiter nachgefragt wird. Die Versammelten beauftragen des weiteren den Arbeiterausschuß, bei dem Gemeinderat um beschleunigte Erledigung der Eingabe vom 20. März 1905 betreffend „Die Revision der bisherigen Arbeitsordnung“ nachzusuchen. Die Versammelten erklären weiter: Um die in den Gemeindebetrieben Stuttgarts absolut notwendigsten Reformen vollständig durchzuführen, bedarf es einer kräftigen, jederzeit schlagfertigen Organisation, da nur mit deren Hilfe es dem Arbeiterausschuß möglich ist, die Interessen der Gemeindearbeiter in wirksamer Weise zu wahren und zu fördern. Die Versammelten versprechen deshalb, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für den weiteren Ausbau der Organisation einzutreten und nichts unberührt zu lassen, bis auch der letzte organisationsfähige Gemeindearbeiter dem Verbandszugehörig ist. Nachdem Kollege Müller die Anwesenden noch auf die Bedeutung des 1. Mai aufmerksam gemacht und zu zahlreicher Beteiligung durch Arbeitsruhe aufgefordert hatte, schloß Kollege Müller mit einem fertigen Schlusswort die imposante Versammlung. Die im Laufe der Debatte aufgezeigten, geradezu skandalösen Mißstände werden wir in nächster Nummer besprechen.

Verbandsteil.

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat April 1906 gingen folgende Gelder ein: An Beiträgen für das I. Quartal 1906, Bamberg 188,60 M., Varnen 199,12 M., Berlin 4235,23 M., Berlin, Gruppe Revier-Insp. 1309,90 M., Bielefeld 140,60 M., Brandenburg 112,80 M., Bremen 762,62 M., Breslau 1323,73 M., Colmar i. El. 127,10 M., Chemnitz 263,80 M., Köln a. Rh. 640,90 M., Dresden 1933,31 M., Düsseldorf 283,06 M., Elberfeld 153,74 M., Eglting 141,94 M., Erfurt 68,76 M., Frankfurt a. M. 553,67 M., Freiburg i. Br. 165,30 M., Gärth i. Ban. 335,16 M., Gotha 56,10 M., Götting 92,23 M., Halberstadt-Lueddinsburg 62,37 M., Hamburg 2. Rate 1609 M., Hanau 30,03 M., Hannover 146,37 M., Heidelberg 281,70 M., Heilbronn 227,85 M., Karlsruhe 203,67 M., Kiel 387,32 M., Mühlentberg i. Kr. 900,20 M., Landskron 33,05 M., Leipzig 2. Rate 446,76 M., Magdeburg 79,25 M., Mainz 622,80 M., Mannheim 3. Rate 583,97 M., München 1067,20 M., Neustadt a. O. 57,22 M., Nürnberg 636,52 M., Offenbach 33,46 M., Eisenburg 10,63 M., Pforzheim 58,30 M., Schweinfurt 63,87 M., Solingen 21,10 M., Stettin 724,40 M., Straßburg i. E. 470,20 M., Stuttgart 2. Rate 763,13 M., Wiesbaden 386,26 M., Worms 10,98 M., Würzburg 2. Rate 96,18 M., Zwickau 40,22 M.

Für den Stammpfunds der Gasarbeiter: Berlin 2693,10 M., Chemnitz 74,70 M., Düsseldorf 27,50 M., Leipzig 20 M., München 44,90 M., insgesamt 2860,20 M.

Ferner gingen ein: Abonnementgelder 84,84 M., Köln ein Postbuch 3 M., Berlin, Gruppe Revier-Insp. Nachträglich abgelieferte Gelder auf Sammellisten für die erste Gasarbeiter Konferenz 52,30 M.

Von Einzelmitgliedern:			
Nr. 17180	1,80 M.	Nr. 39682	2,70 M.
39162	0,85	39866	2,-
39200	2,40	39869	5,20
39652	6,50	39882	5,40
39130	4,30	39891	3,-
39148	3,-	42213	3,-
39150	3,30	42224	3,70
39584	3,-	42225	3,05
39971	3,10	42240	5,40
39975	3,85	44478	1,-
39987	5,70	44480	1,-
39994	2,80	45256	1,-
39995	3,10	46602	2,70
39997	2,25	46629	1,-
34064	1,-	46642	2,-
34068	1,-	46647	5,50
31080	1,-	48789	3,-
39237	3,-	50116	5,-
37020	1,-	50421	2,-
37062	4,10	50429	2,-
37070	3,10	50432	3,-
37088	1,50	50441	2,25
37098	5,50	50446	0,80
			Summa 188,85 M.

G. Schumann, Hauptkassierer.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter Angestellten G. Schumann, Seemannsplatz 2, Berlin W. 3, Unterfeldstr. 24. — Druck: Betriebsbuchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 68, Untermy. 93

Totenliste des Verbandes.

Aug. Schmidt, Brandenburg
† 22. April 1906 im Alter von 58 Jahren.

Gustav Venns, Dresden
† 24. April 1906 im Alter von 55 Jahren.

Gustav Knüppel, Stettin
† 25. April 1906 im Alter von 32 Jahren
Ehre ihrem Andenken!

Berlin Sektion II

Unserem Verbandskollegen
Ernst Nilsche und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zu der am 3. Mai stattgefundenen **Silberhochzeit**.
Die Kollegen d. Pumpstation 4.

Unserem Verbandskollegen

Philipp Wirsing
zu seiner am 5. Mai stattgefundenen **Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Filiale Würzburg.

Unserem Verbandskollegen

August Fehner
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem **25 jährigen Arbeitsjubiläum**.
Die Verbandskollegen der Sektion Berlin Teget (Wasserwerke).

Unserem Kollegen

Reinhold Mangold
nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem am 5. Mai stattgefundenen **Hochzeit**.
Mannheim, im Mai 1906.
Die Kollegen d. Inspektion.

Unserem Kollegen

Richard Lange
und seiner Frau
die herzlichsten Glückwünsche zu der am 12. Mai stattfindenden **Hochzeit** die besten Glückwünsche!
Die Kollegen der Sektion Charlottenburg.

Unserem Kollegen

Kesh nebst Frau
zu ihrer am 2. Mai stattgefundenen **Silberhochzeit** nachträglich die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen der Pumpstationen V und XII.

Unserem Verbandskollegen

Gottfried Stauke
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem am 17. Mai stattfindenden **40 jährigen Arbeitsjubiläum**.
Die Kollegen der 2. Revier-Inspektion Berlin.

Es fehlen:

Sanitätswarte 1905, Nr. 9
1904, „ 5
Wir bitten, uns jedes vorhandene und etwa überschüssige Exemplar sofort einzusenden.
Der Verbandsvorstand.

Achtung! Filiale Magdeburg.

Am 19. Mai 1906, abends 8 Uhr, findet im „Louisenpark“, Spiegelgartenstr. 1 unser **Stiftungs-fest** statt.
Konzert - Theater - Ball.
Eintritt 20 Pfg. Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.
Das Festkomitee.